
Springer-Lehrbuch

Andreas Musil • Sören Kirchner

Das Recht der Berliner Verwaltung

Unter Berücksichtigung
kommunalrechtlicher Bezüge

5. Auflage



Springer

Andreas Musil
Ehem. Lehrstuhl für Öffentliches Recht
insbesondere Verwaltungs- und Steuerrecht
Universität Potsdam
Potsdam, Deutschland

Sören Kirchner
Leitender Senatsrat bei der
Senatsverwaltung für Justiz,
Vielfalt und Antidiskriminierung
Berlin, Deutschland

ISSN 0937-7433

ISSN 2512-5214 (electronic)

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-65500-9

ISBN 978-3-662-65501-6 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-662-65501-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2002, 2007, 2012, 2017, 2022

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Vorwort zur 5. Auflage

Das „Recht der Berliner Verwaltung“ liegt nun bereits in der 5. Auflage vor. Zahlreiche Gesetzesänderungen haben umfangreiche Überarbeitungen notwendig gemacht. Auch der Fallteil wurde grundlegend überarbeitet. Das Buch hat sich mittlerweile auf dem Berliner Markt etabliert, auch für die Arbeit von Verwaltungen und Gerichten ist es eine feste Größe geworden. Das freut uns sehr. Auch die vorliegende Auflage setzt den von Beginn an beschrittenen Weg fort und richtet sich an Studierende, Rechtsreferendare und Praktiker.

Viele Rechtsprobleme, die in den Flächenländern unter dem Stichwort „Kommunalrecht“ behandelt werden, treten auch im Stadtstaat Berlin auf. Zwar gibt es in Berlin kein Kommunalrecht im eigentlichen Sinne, da dieses rechtlich selbstständige Kommunen voraussetzt. Die Berliner Bezirke sind hingegen Verwaltunguntergliederungen der Stadt Berlin ohne Rechtspersönlichkeit. Dennoch sind die Rechtsbeziehungen der Bezirke zur Gesamtstadt oft in Anlehnung an das Kommunalrecht der Flächenländer geregelt. Andere Rechtsmaterien, etwa die Einnahmewirtschaft, haben in Berlin eine gegenüber den Flächenländern vollständig abweichende Regelung erfahren.

Das Buch gibt in jedem Kapitel zunächst einen kurzen Überblick über das Kommunalrecht der Flächenländer, um im Anschluss, gewissermaßen daran gespiegelt, die Berliner Rechtslage darstellen zu können. Der Vertiefung dienen dreizehn an passender Stelle eingefügte Fälle, die zum Teil auf der Rechtsprechung Berliner Gerichte basieren.

Danken wollen wir diesmal Frau Nadine Steglich für die intensive Mitarbeit und die umsichtige Betreuung des Manuskripts.

Potsdam, Deutschland
Berlin, Deutschland
April 2022

Andreas Musil
Sören Kirchner

Nachtrag zum Vorwort

Leider muss das Vorwort von Ende April 2022 ergänzt werden: Andreas Musil ist für uns alle unfassbar am 17. Juni 2022 wenige Tage nach Abschluss der Arbeiten für die vorliegende 5. Auflage unseres Werkes verstorben. Bis zu seinem viel zu frühen Tod – er war erst 50 Jahre alt – lag Prof. Musil dieses Werk, „seines Lieblingsbuches“, wie er es nannte, sehr am Herzen. Es ist mir ein Trost, dass er gewiss sein konnte, dass das Erscheinen der 5. Auflage durch sein Engagement sichergestellt war.

Er war es, von dem die Initiative für ein juristisches Fachbuch über das Recht der Berliner Verwaltung ausging. Ihm war als Referendar beim Kammergericht und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin aufgefallen, dass es kaum aktuelle Literatur zum „Kommunalrecht Berlins“ gab. Diese Lücke wollte er schließen. Er konnte mich schnell davon überzeugen, ihm für sein Projekt als Co-Autor zur Seite zu stehen. In wenigen Monaten war das Manuskript erstellt und er konnte den Springer-Verlag dafür gewinnen, das Buch 2002 zu verlegen.

Mit dem Werk hat Prof. Musil den Grundstein für eine steile wissenschaftliche Karriere gelegt, die ihn von der FU auf seine Professur an der Universität Potsdam führte. Obwohl nunmehr Brandenburger, blieb er wissenschaftlich Berlin verbunden und stand vielen als Ratgeber für Fragen des Berliner Landesrechts zur Verfügung. Dieser Rat wird nun fehlen, gerade jetzt, wo Fragen der Organisation des Landes Berlin und der Verteilung der Zuständigkeiten auf die Haupt- und Bezirksverwaltung wieder verstärkt in den politischen Fokus geraten sind.

Prof. Musil war aber nicht nur ein angesehener Wissenschaftler mit zahlreichen Veröffentlichungen insbesondere zum Steuerrecht, welches sich zu seinem Arbeitsschwerpunkt entwickelt hatte. Ihm war wichtig, Wissenschaft und Praxis miteinander ins Gespräch zu bringen, wozu er 2007 das Potsdamer Steuerforum initiierte. Von 2011 bis 2020 war er zudem Richter am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Nebenamt und konnte seine wissenschaftliche Expertise in die Rechtsprechungspraxis einbringen.

Zentrales Anliegen war Prof. Musil stets, sein Wissen dem juristischen Nachwuchs weiterzugeben und für gute Ausbildungsbedingungen in der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam zu sorgen. „Seine“ Studentinnen und Studenten waren ihm sehr wichtig. Er förderte viele von Ihnen und initiierte erfolgreiche

Masterstudiengänge zum Unternehmens- und Steuerrecht. Dass er 2012 zum Vizepräsidenten der Universität Potsdam für Lehre und Studium gewählt wurde, war eine logische Folge seines Engagements zur Sicherung des Fortbestandes der Juristischen Fakultät und seines Strebens für gute Ausbildungsbedingungen.

Sein Wissen und sein Enthusiasmus lassen sich nicht ersetzen. Ich bin aber gewillt, unser Werk zu seinem Gedenken fortzusetzen. Die 5. Auflage widme ich diesem Gedenken sowie seiner Ehefrau und den beiden Söhnen.

Sören Kirchner

Juli 2022

Inhaltsverzeichnis

1 Grundlagen des Stadtstaates Berlin	1
I. Einleitung	1
II. Die Stellung Berlins im Staatsaufbau	2
1. Berlin als Land der Bundesrepublik Deutschland	2
2. Vorgaben aus Art. 28 GG für die innere Organisation der Länder	3
3. Unterscheidung zwischen Flächenländern und Stadtstaaten	3
III. Berlin als Stadtstaat	4
1. Begriffsbestimmung	4
2. Berlin als Stadtstaat im weiteren und im engeren Sinne	4
3. Verwirklichung der Vorgaben des Art. 28 GG in Berlin	5
IV. Die Stellung der Bezirke im Stadtstaat Berlin	5
1. Konstituierung der Bezirksebene durch die Verfassung von Berlin	5
2. Aufgaben der Bezirke und Selbstständigkeit der Aufgabenerledigung	6
V. Die Berliner Verwaltung im geschichtlichen Überblick	7
1. Zweckverband und Groß-Berlin	7
2. Nationalsozialismus	8
3. Entwicklung nach 1945 – Entstehung des Stadtstaats Berlin	8
4. Verwaltungsreformen	9
VI. Berlin und Brandenburg	10
1. Gescheiterte Fusionsbemühungen	10
2. Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg	11
2 Die Rechtsstellung der Bezirke	19
I. Keine Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	19
1. Die Unanwendbarkeit von Art. 28 Abs. 2 GG auf die Bezirke	19
2. Recht auf bezirkliche Selbstverwaltung?	20
II. Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	22
1. Allgemeines	22
2. Die institutionelle Rechtssubjektsgarantie	22
3. Die objektive Rechtsinstitutionsgarantie	22
a) „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“	23
b) Eigenverantwortlichkeit	24

4.	Die subjektive Rechtsstellungsgarantie	24
5.	Die Gewährleistung demokratischer Legitimation.	25
III.	Die Rechtsstellung der Bezirke im Einzelnen	25
1.	Institutionelle Rechtsobjektsgarantie und Bezirke	25
2.	Objektive Rechtsinstitutionsgarantie und Bezirke	26
a)	Fehlende Allzuständigkeit der Bezirke	26
b)	Fehlende Eigenverantwortlichkeit der Bezirke	27
c)	Die bezirkliche Rechtsstellung am Maßstab der Gemeindehoheiten	29
3.	Subjektive Rechtsstellungsgarantie und Bezirke	32
4.	Gewährleistung demokratischer Legitimation auf Bezirksebene	33
IV.	Zusammenfassung	33
3	Der Aufbau der Berliner Verwaltung	39
I.	Grundlagen – Verwaltungsträger	39
1.	Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	39
2.	Die Körperschaften des öffentlichen Rechts	40
3.	Die Anstalten des öffentlichen Rechts	40
4.	Die öffentlich-rechtlichen Stiftungen.	40
II.	Der Verwaltungsaufbau in den Flächenstaaten	41
1.	Die unmittelbare Landesverwaltung	41
a)	Die Oberstufe	41
b)	Die Mittelstufe	41
c)	Die Unterstufe	41
2.	Die mittelbare Landesverwaltung	42
III.	Der Verwaltungsaufbau in Berlin.	42
1.	Überblick	42
2.	Zweistufiger Aufbau der unmittelbaren Landesverwaltung.	43
a)	Die Hauptverwaltung	44
b)	Die Bezirksverwaltung.	46
3.	Mittelbare Landesverwaltung.	47
IV.	Insbesondere: Der Senat	48
1.	Die Rechtsstellung des Senats und seine Befugnisse.	48
2.	Der Regierende Bürgermeister.	49
3.	Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters und die Ernennung der übrigen Senatsmitglieder.	50
4.	Die Amtszeit der Senatsmitglieder und der Misstrauensantrag	51
4	Die Aufgabenverteilung	55
I.	Die Aufgabenverteilung in den Flächenländern	55
1.	Grundlagen.	55
2.	Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden	56
3.	Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis.	57

II.	Die Aufgabenverteilung in Berlin	58
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen.	58
2.	Die Zuständigkeitsgesetze	60
a)	Der allgemeine Zuständigkeitskatalog (ZustKatAZG)	62
b)	Der Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben (ZustKatOrd).	62
c)	Die Zuständigkeit für Ordnungswidrigkeiten (OWi-ZustV)	64
d)	Neue bundesrechtliche Aufgaben (§ 5 AZG).	65
e)	Wahrnehmung von Aufgaben weggefallener Behörden	65
3.	Regionalisierung	66
4.	Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg bei der Raumordnung	67
5.	Die Zuständigkeiten für Widerspruchsbescheide.	68
a)	Entbehrlichkeit eines Vorverfahrens.	68
b)	Zuständigkeiten	70
III.	Die Vertretung des Landes Berlin	75
1.	Die Vertretung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten.	75
2.	Die Vertretung in zivilrechtlichen Angelegenheiten.	77
3.	Die Vertretung der mittelbaren Landesverwaltung.	78
IV.	Der Erlass von Verwaltungsvorschriften	78
1.	Allgemeines	78
2.	Die Befugnis zum Erlass von Verwaltungsvorschriften.	79
V.	Insbesondere: Die Bauleitplanung nach dem AGBauGB	81
1.	Grundzüge der Regelung in den Flächenländern.	82
2.	Zuständigkeiten für die Bauleitplanung in Berlin	82
a)	Der Grundsatz bezirklicher Zuständigkeit.	82
b)	Die Zuständigkeit der Hauptverwaltung in besonderen Fällen	83
3.	Das Verfahren zum Erlass von Bebauungsplänen	85
a)	Bezirkliche Bebauungspläne	85
b)	Bebauungspläne der Hauptverwaltung	86
4.	Die Rechtsform von Bebauungsplänen in Berlin.	87
5.	Die Rechtsstellung und der Rechtsschutz der Bezirke.	87
5	Wichtige Verfahrensvorschriften	95
I.	Das Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung.	95
II.	Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)	97
1.	Der Informationsanspruch	97
2.	Begrenzungen des Informationsanspruchs.	99
III.	Das Akteneinsichtsrecht der Abgeordneten.	101
IV.	Direkte Demokratie	103
1.	Allgemeines	103
2.	Volksbegehren und Volksentscheid – Dreistufiges Verfahren	103

6 Die Aufsicht	107
I. Die Aufsicht in den Flächenländern	107
1. Die Aufsicht über die Kommunen als Teil der staatlichen Aufsicht	107
2. Die Unterscheidung von Rechts- und Fachaufsicht	107
3. Die Rechtsaufsicht	109
4. Die Fachaufsicht	110
II. Die Aufsicht in Berlin	111
1. Die Aufsicht innerhalb von Haupt- und Bezirksverwaltung	111
2. Die Aufsicht gegenüber den Bezirken	112
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	112
b) Bezirksaufsicht	114
c) Das Eingriffsrecht	117
d) Dienstaufsicht	125
3. Die Staatsaufsicht	126
7 Die Bezirksverfassung	155
I. Die Kommunalverfassungen in den Flächenländern	155
1. Die süddeutsche Ratsverfassung	156
2. Die norddeutsche Ratsverfassung	156
3. Die Bürgermeisterverfassung	156
4. Die Magistratsverfassung	157
II. Die Einordnung der Bezirksverfassung	157
1. Grundlegende Organisationsnormen in der Verfassung von Berlin	157
2. Einordnung als unechte Magistratsverfassung	158
III. Die Bezirksverordnetenversammlung	158
1. Die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung	159
2. Die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung	161
3. Die Geschäftsordnung	162
4. Die Organe der Bezirksverordnetenversammlung	163
a) Der Bezirksverordnetenvorsteher und der Vorstand	164
b) Der Ältestenrat	165
c) Die Ausschüsse	165
d) Die Fraktionen	167
5. Die Zuständigkeiten der Bezirksverordnetenversammlung	168
a) Bestimmung der Grundlinien der Verwaltungspolitik des Bezirks	169
b) Empfehlungen und Ersuchen	169
c) Entscheidungsbefugnisse	171
d) Wahlrechte	173
6. Beanstandung von Beschlüssen	173
IV. Das Bezirksamt	174
1. Die Wahl und Abwahl der Bezirksamtsmitglieder	175
a) Verfassungsentscheidung gegen das politische Bezirksamt	176

b) Das Wahlverfahren im Einzelnen.	177
c) Die Abwahl von Bezirksamtsmitgliedern	178
2. Die Rechtsstellung der Bezirksamtsmitglieder	179
3. Die Aufgaben des Bezirksamts und das Beanstandungsverfahren	180
4. Organisation der Bezirksverwaltung und die Verwaltungsreform.	182
a) Verwaltungsreform.	182
b) Einzelne Organisationseinheiten	184
V. Der Rat der Bürgermeister.	185
VI. Mitwirkung der Einwohnerschaft – Bürgerbegehren	186
8 Rechtsschutz der Bezirke	205
I. Der Rechtsschutz in den Flächenländern.	205
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	205
2. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	206
a) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Rechtsaufsicht	207
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Fachaufsicht	207
3. Der Kommunalverfassungsverstreit	208
II. Rechtsschutz der Bezirke, Bezirksverfassungsverstreit	208
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz der Bezirke.	208
a) Keine Verfassungsbeschwerde für die Bezirke	208
b) Keine Beteiligtenfähigkeit der Bezirke im Organstreitverfahren.	210
c) Die Normenkontrolle der Zuständigkeitsabgrenzung	210
2. Das Bezirksverfassungsverstreitverfahren	211
a) Verwaltungsrechtsweg	212
b) Statthafte Klageart	213
c) Klagebefugnis	213
d) Beteiligtenfähigkeit	215
3. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz der Bezirke	215
a) Der Meinungsstand hinsichtlich eines bezirklichen Klagerechts	215
b) Beschränktes bezirkliches Klagerecht als Lösung.	217
c) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Bezirksaufsicht.	219
d) Rechtsschutz gegen das Eingriffsrecht	222
9 Die Einnahmewirtschaft	225
I. Allgemeines.	225
II. Grundbegriffe der Einnahmewirtschaft.	226
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen	227
1. Konnexitätsprinzip und Recht auf angemessene Finanzausstattung	227
2. Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich der Abgaben	227
3. Ertragshoheit von Ländern und Kommunen	228
4. Verwaltungshoheit von Ländern und Kommunen	229
IV. Die Grundzüge der kommunalen Einnahmewirtschaft	229
V. Die Einnahmewirtschaft in Berlin	231

1.	Einnahmewirtschaft und Verfassung von Berlin	231
2.	Gesetzgebungskompetenz und Abgabehoheit	231
3.	Ertragshoheit	232
4.	Finanzverwaltung und Rechtswegfragen	233
5.	Die Stellung der Bezirke in der Einnahmewirtschaft.	234
10	Das Haushaltswesen	237
I.	Die Rechtsquellen des Haushaltsrechts	237
1.	Bundesrecht und Europarecht	237
2.	Landesrecht und Ortsrecht.	238
II.	Grundsätze der Haushaltswirtschaft	239
1.	Allgemeine Grundsätze	239
2.	Haushaltskreislauf	240
III.	Die Haushaltswirtschaft in den Flächenländern	240
IV.	Die Haushaltswirtschaft in Berlin	241
1.	Die Planungsphase bis zum Beschluss des Haushaltsgesetzes ...	241
a)	Die Finanzplanung	241
b)	Grundlegendes zum Haushaltsplan	241
c)	Grundsätze der Haushaltswirtschaft.	242
d)	Das Verfahren der Planaufstellung.	242
e)	Die Stellung der Bezirke im Rahmen der Planaufstellung ...	243
f)	Inhaltliche Vorgaben für den Haushaltsplan.	244
2.	Der Vollzug des Haushaltsplans und Verwaltungsreform	246
3.	Die Kontrolle des Haushaltsvollzugs.	248
11	Die wirtschaftliche Betätigung.	255
I.	Grundlagen	255
1.	Der Begriff der wirtschaftlichen Betätigung	255
2.	Mögliche Organisationsformen wirtschaftlicher Betätigung ...	256
3.	Schranken der wirtschaftlichen Betätigung	256
II.	Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen	257
1.	Privatisierung versus Rekommunalisierung.	257
2.	Grundlagen wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen	258
3.	Schranken der Kommunalwirtschaft	258
a)	Geltung allgemeiner Schranken für die Kommunen	258
b)	Kommunales Wirtschaftsrecht	259
4.	Schranken der Rekommunalisierung.	260
III.	Die wirtschaftliche Betätigung Berlins	261
1.	Die wirtschaftlichen Unternehmen Berlins	261
2.	Schranken der wirtschaftlichen Betätigung Berlins	262
a)	Verfassungsrecht.	262
b)	Das Kriterium des öffentlichen Zwecks	264
c)	Die Bedeutung von § 65 LHO	266
d)	Wettbewerbsrecht, Europarecht, Vergaberecht	267
3.	Rechtsschutz privater Konkurrenten	268
4.	Probleme der Rekommunalisierung in Berlin	270
5.	Die Stellung der Bezirke bei der wirtschaftlichen Betätigung ...	271

12 Die öffentlichen Einrichtungen	281
I. Grundbegriffe	281
1. Der Begriff der öffentlichen Einrichtung	281
2. Die Widmung	282
II. Träger öffentlicher Einrichtungen	283
III. Das Nutzungsverhältnis zum Bürger	284
1. Der Nutzungsanspruch	284
2. Grenzen der Zulassung	286
3. Die Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses	287
IV. Der Anschluss- und Benutzungszwang	288
Literatur	305
Sachverzeichnis	311

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Auffassung
Abghs-Drs.	Abgeordnetenhaus-Drucksache
ABl.	Amtsblatt
AblEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AGBauGB	Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch
AGKJHG	Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz
AGVwGO	Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
allg.	allgemein
AO	Abgabenordnung
AOAnwG	Gesetz über die Anwendung der Abgabenordnung
Art.	Artikel
ASOG	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz
Aufl.	Auflage
AV	Ausführungsvorschriften
AVBWasserVO	Verordnung über allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser
AZG	Allgemeines Zuständigkeitsgesetz
BAMG	Bezirksamtsmitgliedergesetz
BauGB	Baugesetzbuch
BauO(Bln)	Bauordnung Berlin
BayGO	Gemeindeordnung des Freistaates Bayern
BbgKV	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BbgVerf.	Verfassung des Landes Brandenburg
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BEHALA	Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe
BerlBetrG	Berliner Betriebe-Gesetz
BerlHG	Berliner Hochschulgesetz
BerlStrG	Berliner Straßengesetz
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
Beschl.	Beschluss
BezVG	Bezirksverwaltungsgesetz
BFHE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BInDSG	Berliner Datenschutzgesetz
BSR	Berliner Stadtreinigungsbetriebe
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
BW	Baden-Württemberg
BWB	Berliner Wasserbetriebe
CDU	Christlich Demokratische Union
DBI.	Dienstblatt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO-AZG	Verordnung zur Durchführung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes
EG	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EigG	Eigenbetriebsgesetz
Einf.	Einführung
EinVertr	Einigungsvertrag
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
Erl.	Erläuterung
f.	folgende (eine Seite)
ff.	folgende (mehrere Seiten)
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
G.	Gesetz
GebBeitrG	Gesetz über Gebühren und Beiträge
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GEWOBAG	Gemeinnützige Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin
GewArch	Gewerbearchiv
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GOAbghs	Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses
GORdB	Geschäftsordnung des Rates der Bürgermeister
GrStG	Grundsteuergesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HkWP	Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis
h. M.	herrschende Meinung
HRG	Hochschulrahmengesetz
i. d. F. v.	in der Fassung vom
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
insbes.	insbesondere
i. V. m.	in Verbindung mit
JAG	Gesetz über die Juristenausbildung im Land Berlin
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KAG	Kommunalabgabengesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung
KVBbg	Kommunalverfassung für das Land Brandenburg
LAPlaStV	Landesplanungsvertrag
LBG	Landesbeamten-gesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LV	Landesverfassung
LVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
LWahlO	Landeswahlordnung
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Rechtsprechungsreport der Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht
(n.) n. v.	(noch) nicht veröffentlicht
NV	Neugliederungs-Vertrag
NW	Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht

OVGE	Amtliche Entscheidungssammlung des Oberverwaltungsgerichts
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
OWi-ZustV	Ordnungswidrigkeiten Zuständigkeitsverordnung
PartG	Parteiengesetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SenG	Senatorenrechtsgesetz
SFB	Sender Freies Berlin
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StabG	Stabilitätsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Urt.	Urteil
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
UZwGBIn	Gesetz über die Anwendung des unmittelbaren Zwangs
v.	vom
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfGGH	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGG	Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOBl.	Verordnungsblatt
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VvB	Verfassung von Berlin
VVDSRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes
VwVfGBIn	Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WBM	Wohnungsbaugesellschaft Mitte
WIP	Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg
z. B.	zum Beispiel
zul. geänd. d.	zuletzt geändert durch
ZustKatAZG	Allgemeiner Zuständigkeitskatalog
ZustKatOrd	Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben

Fallverzeichnis

Fall 1: Sperrklausel	12
Fall 2: Namensstreit	33
Fall 3: Landesbauamt	72
Fall 4: Wohnungsbau.	88
Fall 5: Die fehlerhafte Bezirksbürgermeisterwahl	127
Fall 6: World Wheel	132
Fall 7: Streit um den Denkmalschutz	138
Fall 8: Kontroverse um den Dinkel-Park	148
Fall 9: Handyverbot	189
Fall 10: Streit um die Stadtbücherei	199
Fall 11: Teure Sauberkeit	248
Fall 12: Ärger mit der GartenNeukölln GmbH.	272
Fall 13: Kein Herz für Studenten	290